

## Industrie 1980:

# Im Zeichen der Vollbeschäftigung

## Ordentliche Generalversammlung der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer

Die Erwartungen für das laufende Jahr 1981 werden von den Mitgliederfirmen trotz der schwierigen internationalen Konjunktur grossenteils als gut oder befriedigend beurteilt. Das stellte Präsident Fürstlicher Kommerzienrat Toni Hilti in seiner Begrüssungsansprache zur diesjährigen ordentlichen Generalversammlung der Industrie- und Handelskammer fest. Sie tagte am Dienstag, 12. Mai, im Foyer des neuen Gemeindezentrums in Triesen. Besonderen Gruss entbot der Präsident den Vertretern der Landesbehörden, Regierungschef-Stv. Hilmar Ospelt und Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft.

Als eine der wesentlichen Aufgaben der Kammer bezeichnete der Präsident die Verschärfung der Diskussion um die Eigenständigkeitsgrenze des Landes. Das Problem könne nicht bagatellisiert werden. Liechtenstein habe jedoch auf die weltweite Verflechtung seiner Interessen Rücksicht zu nehmen. Auch könne die prekäre arbeitsmarktliche Lage im Lande nicht ausser acht gelassen werden. Eine einseitig auf ausländische Mitarbeiter bezogene Überfremdungsdiskussion sei nicht gerechtfertigt. Sie vernachlässige deren Verdienste am Aufbau und Aufschwung unserer Wirtschaft. Und sie vernachlässige vor allem auch die Ursachen.

● Als Sofortmassnahme einhellig bejaht worden sei im Zusammenhang die Anhebung der Wohnsitzfrist als allgemeine Voraussetzung für Gewerbebewilligungen.

### Revision des Steuergesetzes:

Nicht durchgepeitschen  
Hinsichtlich der laufenden Beratungen über die allgemeine Revision des Steuergesetzes erinnerte der Präsident, es sei

## In würdigem Zustand

Dringende Arbeiten an Triesner Kirche und Marienkapelle



Um die Sicherheit der Kirchgänger zu gewährleisten, aber auch um die kirchlichen Bauten in der Gemeinde in einem würdigen Zustand zu erhalten, hat der Triesner Gemeinderat beschlossen, dringende Arbeiten an der Pfarrkirche und Muttergotteskapelle durchführen zu lassen. So wurden die Kirchbänke bereits abgeschliffen und versiegelt. Die Glockenaufhängung der Muttergotteskapelle (unser Bild) muss dringend repariert werden, soll das Geläute der Marienkapelle auch in Zukunft weithin hörbar sein.



nach dem Zwischenbericht der Regierung vom letzten Herbst nicht beabsichtigt, die Revision noch in dieser Legislaturperiode durchzupfeitschen. Das wäre auch nicht möglich und angesichts der guten Finanzlage des Landes auch nicht nötig. Eine Änderung des Steuersystems wolle gut durchdacht und erwogen sein. Verkehrt wäre eine zu perfektionistische Zielsetzung. Durch die gegen Ende Jahr erfolgte Teilrevision zur Progressionsanpassung an die Teuerung sei der Zeitdruck auch von dieser Seite abgebaut.

Die Arbeit bei der Kammer, schloss der Präsident, könne auf einen einfachen Nenner gebracht werden: auf die Verteidigung günstiger Rahmenbedingungen und damit einer starken Wettbewerbsposition. Von ihr profitierten alle Mitarbeiter und das Land als Ganzes.

### Im Zeichen der Vollbeschäftigung

Die Generalversammlung nahm den Jah-

resbericht 1980 entgegen, genehmigte die Jahresrechnung, erteilte dem Vorstand und den Revisoren Entlastung und genehmigte das Budget 1981. Die Revisoren Jakob Buchmann und Siegfried Foser wurden einstimmig wiedergewählt. Im verflossenen Geschäftsjahr, so hält der Bericht fest, stand die industrielle Produktion in unserem Land im ganzen noch eindeutig im Zeichen der Vollbeschäftigung. Indessen wurden die Auswirkungen der internationalen Konjunkturabschwächung gegen Ende Jahr doch zunehmend spürbar.

Zur Beratung stand sodann die mit dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband grundsätzlich vereinbarte Bereinigung des Gesamtarbeitsvertrages Metall. Damit wird sich eine ausserordentliche Generalversammlung im Juni näher befassen. Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, informierte über das Ergebnis der Unternehmensbe-

fragung vom Juli 1980 zur Arbeitskräfteentwicklung 1974-1984.

### Hilmar Ospelt:

Für eine gute Zusammenarbeit

Die Bedeutung der Industrie für das Land würdigte aus der Sicht der Regierung Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt: Der Möglichkeit, erstmals an einer Generalversammlung der Kammer teilzunehmen, messe er eine hohe Bedeutung bei. Er sei persönlich für eine Zukunft der freien Marktwirtschaft, ohne Interventionismus des Staates. Die Wirtschaft solle sich weitgehend selbst verwalten. Er hoffe, dass die akute Überfremdungsfrage gemeinsam gelöst werden könne. Eine radikale Regelung könne nicht in Frage kommen, es müsse eine tragbare Lösung gefunden werden. Leute, die geholt worden seien und mit denen ein grosser Wohlstand erreicht worden sei, könnten nicht vor die Tür gesetzt werden. Sie müssten integriert werden. Der Regierungschef-Stellvertreter dankte für den Jahresbericht und die gute Zusammenarbeit mit der Regierung. Er schloss mit den Wünschen auf eine weitere konstruktive Arbeit in der Kammer im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung.

# Anpassung der Strafprozessordnung an europäisches Mass

## Aus der Tagesordnung der kommenden Landtagssitzung

In rund zwei Wochen - am Mittwoch, den 3. Juni - wird der Landtag zu seiner zweiten Arbeitssitzung in diesem Jahr zusammentreten. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen, abgesehen von der Gesetzesvorlage über die Abänderung der Strafprozessordnung, vorwiegend Routinegeschäfte. Dazu gehört die Bestellung eines Vertreters zum EFTA-Parlamentariertreffen in Norwegen und zum Treffen zwischen Parlamentariern der EFTA-Staaten und dem Europäischen Parlament in Strassburg sowie die Kenntnisnahme des Abstimmungsergebnisses der Volksabstimmung über die Verfassungsinitiative.

Nach der Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 1. April haben sich die Abgeordneten mit der einzigen an dieser Sitzung zu behandelnden Gesetzesvorlage zu befassen. Gegenstand der Änderung ist die seit 1914 gültige Strafprozessordnung, die den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht mehr genügt. Diese Konvention möchte die Regierung jedoch, wie in einem aussenpolitischen Bericht festgehalten, in naher Zukunft ratifizieren.

### Totalrevision zu einem späteren Zeitpunkt

Die Regierungsvorlage beschränkt sich auf die von der Europäischen Menschenrechtskonvention geforderten Anpassungen der Strafprozessordnung. Über das vorgeschlagene Ausmass der Änderung hinausgehende, sich aber gleichwohl aufdrängende Anpassungen anderer Art sollen bis zu einer Totalrevision der Strafprozessordnung aufgeschoben werden. Vorerst geht es, in einer Teilrevision, vor allem um die Ausweitung der Rechte eines Angeklagten in einem Strafprozess. Im Vergleich zum geltenden Recht wird auch eine wesentliche Verbesserung der Rechtsstellung des Verteidigers vorgeschlagen. Überdies soll das Prinzip der Verhältnismässigkeit im Haftverfahren sowie die zeitliche Limitierung der Untersuchungshaft Eingang in unsere Rechtsprechung finden.

### Neue Schule in Triesen

Zum geplanten Bau einer neuen Schulanlage für die weiterführenden Schulen in Triesen hat der Landtag über einen Verpflichtungskredit in Höhe von 16.5 Mio Franken zu befinden und gleichzeitig einen Vertrag zwischen dem Land und der Gemeinde Triesen über die gemeinsame Benützung und Erstellung verschiedener schulischer Anlagen zu genehmi-

gen. Die Raumnot an den weiterführenden Schulen des Oberlandes ist nach Angaben der Regierung derart ausgeprägt, dass die Realisierung der Anlage ohne Verzug in Angriff genommen werden muss. Mit der Fertigstellung der geplanten Schulanlage, die Klassenräume für die Ober- und die Realschule, Spezialräume sowie verschiedene Nebenanlagen aufweisen wird, rechnet die Regierung auf den Herbst 1983. (Siehe Seite 3)

### Neue Stelle für Volkswirtschaftsamt

Für das Volkswirtschaftsamt beantragt die Regierung die Schaffung einer neuen Stelle, die gemäss eines neu ausgearbei-

ten Organisationsplanes vor allem qualifizierte, anspruchsvolle Aufgaben zu erledigen hat. Im einzelnen fällt darunter der Bereich der allgemeinen Wirtschaftsangelegenheiten, das Geld-, Kredit- und Bankwesen, die Statistik und das Geistige Eigentum. Wie die Regierung in ihrem Antrag dazu schreibt, geht es dabei weniger um eine Erweiterung der Staatstätigkeit, sondern vielmehr um eine rationellere und bessere Wahrnehmung der bestehenden Aufgaben. Dem Landtag obliegt es nun, die Genehmigung zur Schaffung dieser Stelle zu erteilen. Finanzielle Auswirkungen wird diese Stelle keine nach sich ziehen, da der Landtag die erforderlichen Mittel bereits mit dem Budget 1981 mitbewilligt hat.

### Teuerungszulagen für das Staatspersonal

Um die seit Mitte 1980 eingetretene Teuerung auszugleichen, schlägt die Re-

## Velotag

Am 23. Mai bei der Vaduzer  
Parkplatzgarage

Am 23. Mai findet ab 13.30 Uhr auf der Parkplatzgarage Vaduz ein Veloplausch statt. Wir laden alle Freunde des Velos zu einer Sternfahrt ein, bieten auf dem Festplatz eine Gratiserfrischung und für jeden Teilnehmer des Geschicklichkeitsfahrens ein Geschenk an.

Warum Velofahren: Velofahren ist gesund, Velofahren ist umweltfreundlich, Velofahren ist energiesparend, Velofahren ist billig, Velofahren ist schön und Velofahren ist «sanft».

Die ersten fünf Behauptungen haben wir letzte Woche bereits bewiesen, zur letzten führen wir heute aus: Wenn ein Autofahrer bei 60 km Geschwindigkeit mit einem Velofahrer zusammenstösst, heisst die traurige Bilanz meist: schwere Verletzung oder gar Tod. Der Zusammenstoss eines Velofahrers mit einem Fussgänger hingegen ist erstens viel seltener und endet zweitens meistens glimpflich oder mit leichten Verletzungen.

Dass allein schon dies ein Grund wäre für eine massive Förderung des Velofahrens wird klar, wenn man die Verkehrsunfallstatistiken mit Gefühl und gesundem Menschenverstand liest: Jedes Jahr sterben im Schweizer Wirtschaftsraum rund 1200 Menschen als Strassenverkehrsoffer und mehr als 17 000 werden zum Teil sehr schwer verletzt. In ganz Europa gibt es jährlich 100 000 Strassen-Tote. 25 Millionen Menschen starben insgesamt seit der Erfindung des Automobils.

Velofahren hingegen ist «sanft».  
(VCL)

gierung dem Landtag die Ausrichtung einer Teuerungszulage von 5.5 Prozent für das gesamte Staatspersonal vor. Der Teuerungsausgleich soll rückwirkend auf den 1. April in Kraft treten, womit der Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise auf 113.8 Indexpunkte ausgeglichen wäre. Die für den Teuerungsausgleich bereitzustellende Summe beläuft sich auf 393 000 Franken. Im Gegensatz zu verschiedenen kritischen Voten anlässlich der letzten Bewilligung des Teuerungsausgleiches hält die Regierung an der bisherigen Praxis fest, generell für alle Staatsbeamten die gleiche Ausgleichsquote auszurichten. Eine Abstufung des Ausgleichs für die höheren Besoldungsklassen hält die Regierung nach den geltenden Bewertungskriterien für den Landesindex als kaum praktikabel. Zudem würde nach ihrer Ansicht jede Änderung des Systems eine Gesetzesänderung voraussetzen.

### Erhöhung Dotationskapital

Gleich zweimal hat sich der Landtag mit der Landesbank zu beschäftigen. Einmal liegt der Jahresbericht 1980 zur Genehmigung vor, der eine Erhöhung der Bilanzsumme auf 2.169 Milliarden Franken und einen Reingewinn von 5.256 Millionen Franken aufweist. Zum anderen muss das Dotationskapital um 10 Millionen Franken aufgestockt werden, damit das gesetzliche Deckungsverhältnis von sieben Prozent der eigenen Mittel zu den fremden Mitteln wiederhergestellt werden kann. Sofern der Landtag diesem Antrag zustimmt, wird das Dotationskapital 90 Millionen Franken betragen. Die 10 Millionen Franken sollen bei der AHV als langfristiges Darlehen beschafft werden.

### Interpellation zur Ausländerfrage

Anlässlich der letzten Landtagssitzung reichten einige Abgeordnete der VU-Fraktion eine Interpellation ein, die der Ausländerfrage gewidmet war. Die Interpellanten wollen von der Regierung in Erfahrung bringen, welche Massnahmen zur Erhaltung der Eigenständigkeit und zur Reduzierung des Ausländeranteils bisher ergriffen wurden. Im weiteren wollen sie wissen, in welcher Form die Überfremdung von Kapital und Grundverkehr eingedämmt werden könnte, und welche Massnahmen zur Behebung der Wohnungsknappheit für junge liechtensteinische Familien ergriffen werden sollen. Um sich den erhofften parteipolitischen Nebeneffekt nicht entgehen zu lassen, verlangen die Interpellanten eine Beantwortung ihrer Fragen durch den Regierungschef. An der Sitzung vom 3. Juni haben die Interpellanten die Möglichkeit, ihre Interpellation zu begründen. Die Antwort der Regierung wird voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

## Nein danke, ich fahre . . .

### Aktion für mehr Sicherheit im Strassenverkehr



In Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung (Schweiz, Konferenz für Sicherheit im Strassenverkehr) hat die liechtensteinische Verkehrspolizei analog zur Schweiz eine Aktion zur Verkehrserziehung gestartet. Ziel dieser Aktion ist es, den Autofahrer darauf aufmerksam zu machen, dass man in alkoholisiertem Zustand nicht Autofahren soll. Die Folgen eines dadurch verursachten Unfalles sind oft schrecklich. Meist werden dabei auch völlig unschuldige Opfer. Seit ein paar Tagen sieht man an zehn markanten Punkten unserer Hauptstrassen die abgebildete Tafel, die jeden Autofahrer daran erinnern soll, dass man alkoholisiert nicht selbst Auto fährt. Im weiteren werden ab heute Dienstag Kleinplakate an Fabriken, Geschäfte und Kioske in unserem Land durch die Polizei abgegeben. Ausserdem wird im Rahmen dieser eine Woche dauernden Aktion die Verkehrspolizei am Mittwoch und Donnerstag Postkarten mit dem abgebildeten Sujet an die Autofahrer verteilen.